

20.04.89

Antrag

der Freien und Hansestadt Hamburg

zum

Jahresgutachten 1988/89 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
und
Jahreswirtschaftsbericht 1989 der Bundesregierung

Punkt 22 a + b der 599. Sitzung des Bundesrates am 21. April 1989

Der Bundesrat möge folgende Stellungnahme beschließen:

Der Bundesrat empfiehlt der Bundesregierung hinsichtlich der öffentlichen Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen, die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern stärker zu berücksichtigen.

Sowohl bei der Entwicklung des Wirtschaftswachstums als auch bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze verzeichnet der Norden der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Süden unterdurchschnittliche Zuwächse. Die Politik der Bundesregierung einer generellen Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen führt ohne Differenzierung zur Verfestigung der strukturellen Divergenzen und verstärkt tendenziell die Spaltung der Volkswirtschaft. Daher muß wirtschaftspolitisch die Förderung strukturschwacher Regionen den Vorrang erhalten. Um die notwendigen strukturellen Anpassungsprozesse auch hinsichtlich der veränderten Qualifikationsanforderungen zu beschleunigen, muß gerade hier eine Intensivierung der öffentlichen Förderung erfolgen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur Überwindung der regionalen Ungleichgewichte eine zielgerichtete, nach regionalen Schwerpunkten ausgerichtete Verteilung der Mittel aus dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vorzunehmen.

Ausgeliefert am 20. APR. 1989